

# Newsletter

## Tirol-Büro Brüssel



### Themen in dieser Ausgabe

#### Thema der Woche

Coronavirus: Debatte in Parlament und im Europäischen Rat – 25 Mrd. Euro als Unterstützung für Wirtschaft	2
Treffen der EU-Spitze mit Recep Tayyip Erdoğan	4

#### Neues aus den Institutionen

##### Europäische Kommission

• Neuer Aktionsplan für Kreislaufwirtschaft	6
• Europäisches Jahr der Schiene 2021	7
• Industriestrategie für ein weltweit wettbewerbsfähiges, grünes und digitales Europa	8
• Partnerschaft mit Afrika	9

##### Europäisches Parlament

• Parlamentsdebatte zu Frauenrechten: „Die Verwirklichung der Rechte der Frau ist keine Option - es ist eine Pflicht“	10
• EU-Katastrophenschutz	11
• Debatte zu EU-Haushalt nach 2021 im Parlament	12

##### Sonstiges

• Unterstützung für Sudan	13
• Förderung für Gemeinden - Letzter WiFi4EU-Aufruf	14
• Eurostat: Wirtschaftswachstum letztes Quartal 2019	14

Laufende Konsultationen	15
Tagesordnungen der Institutionen	16
Impressum	16

Gemeinsame Vertretung der  
Europaregion Tirol-Südtirol-  
Trentino bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel*  
*Rue de Pascale 45–47*  
*B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00*  
*Fax: 0032 2 742 09 80*  
*E-Mail: info@alpeuregio.eu*



# Thema der Woche

## Coronavirus: Debatte in Parlament und im Europäischen Rat – 25 Mrd. Euro als Unterstützung für Wirtschaft

**In einer gemeinsamen Debatte am Dienstag, den 10. März, erörterte das Parlament gemeinsam mit der Kommission und dem kroatischen Ratsvorsitz den Covid-19-Ausburch. Die Staats- und Regierungschefs beratschlagten das weitere Vorgehen in einer Videokonferenz. Ursula von der Leyen kündigte zudem an, 25 Mrd. Euro zur Unterstützung der Wirtschaft bereitzustellen.**

Das Coronavirus bestimmt nach wie vor Brüssel. Im Vorfeld der Plenarwoche wurde der Betrieb von Straßburg – wo das Parlament normalerweise einmal monatlich tagt – nach Brüssel verlegt. Am Montag folgte die Ankündigung von Parlamentspräsident David Sassoli, die ursprünglich viertägige Plenarsitzung auf einen Tag zu reduzieren. Geplante Abstimmungen werden auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Alle Aktivitäten, die für die Woche ab dem 16. März geplant sind, werden verschoben oder abgesagt. Die Plenarsitzung Anfang April wird ebenfalls auf einen Tag reduziert.

In der gemeinsamen Debatte erklärte EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides, dass der Covid-19-Ausburch eine gesundheitliche Notlage sei, die sich stündlich ändere. Die Mitgliedstaaten müssen sich darauf konzentrieren, das Virus einzudämmen, um seine Ausbreitung zu verlangsamen, damit die Gesundheitssysteme es bewältigen können und die Auswirkungen auf die Wirtschaft und das soziale Leben so weit wie möglich begrenzt werden. Parlamentsabgeordnete forderten, dass sich die EU solidarisch zeigen müsse und mehr Mittel für die Erforschung des Virus bereitgestellt werden sollten. Notwendige medizinische Hilfsmittel wie Testkits, Masken und Atemschutzgeräte sollten innerhalb der EU hergestellt und allen Mitgliedstaaten zum Kauf zur

Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus wurde die Forderung aufgebracht, eine gemeinsame europäische Risikobewertung zu installieren, damit gleiche Maßnahmen für Gebiete mit demselben Risikograd gelten würden. Einige Abgeordnete sprachen auch von der Notwendigkeit gemeinsamer Regeln für die Einreise in den Schengen-Raum.

Während das Parlament physisch in Brüssel tagte, hielten die Staats- und Regierungschefs der EU am 10. März eine Videokonferenz ab, um über das Coronavirus zu beratschlagen. Ebenfalls beteiligt waren Kommissionspräsidenten Ursula von der Leyen und Christine Lagard, Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB). Einigkeit bestand darin, einen gemeinsamen europäischen Ansatz im weiteren Vorgehen zu finden und dies gemeinsam zu koordinieren. Darüber hinaus legten die Staats- und Regierungschefs vier Prioritäten fest:

- Begrenzung der Verbreitung des Virus durch verhältnismäßige Maßnahmen.
- Bereitstellung von medizinischer Ausrüstung. Dies soll durch die Kommission koordiniert werden.
- Unterstützung der Forschung für einen Impfstoff. Hier hat die Kommission bereits 140 Mio. Euro in 17 verschiedene Projekte investiert.



# Thema der Woche

- Bekämpfung der sozioökonomischen Folgen. Erforderlich sind unter anderem staatliche Beihilfen sowie ein Stabilitäts- und Wachstumspakt.

In den kommenden Tagen wird nun die EU-Kommission täglich Telefonkonferenz mit den Gesundheitsministern und den Innenministern abhalten, um die Maßnahmen in allen Ländern zu koordinieren. Darüber hinaus soll ein Team von Epidemiologen und Virologen aus mehreren Mitgliedstaaten zusammengestellt werden, um Handlungsanweisungen auf europäischer Ebene zu erarbeiten.

Doch nicht nur die Menschen, auch die Wirtschaft leidet unter dem Ausbruch des Coronavirus. Eine stark von den Auswirkungen betroffene Branche ist die Luftfahrtindustrie. Die Kommission versucht nun Druck von den Fluggesellschaften zu nehmen, indem die Vergabe von Flughafenzeitnischen (Slots für Start und Landung) erleichtert werden. Dadurch sollen sogenannte „Geisterflüge“ – fast leere Flugzeuge – vermieden werden, die Fluggesellschaften einsetzen, um ihre Slots zu behalten. Dies unterstützt nicht nur kleine Fluggesellschaften sondern hilft auch der Umwelt. Aber auch andere Unternehmen, die durch den Ausbruch des Covid-19 in Probleme geraten, sollen staatliche Beihilfe erhalten. Dazu wird eine „Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronakrise“ eingerichtet, die die Gesundheitssysteme, KMU (Klein- und Mittelunternehmen), Arbeitsmärkte und andere schutzbedürftige Teile der Wirtschaft unterstützt. Insgesamt sind dafür 25 Mrd. Euro vorgesehen, die bereits ab der kommenden Woche zur Verfügung stehen sollen. Das Geld soll aus dem europäischen Struktur- und Investitionsfonds kommen.



Ebenfalls Ende letzter Woche bekanntgegeben wurde, dass die Vereinigten Staaten die Einreise Europäischer Staatsbürger untersagen. Diese Maßnahmen kritisierten Von der Leyen und Michel scharf:

---

*„Das Coronavirus ist eine globale Krise, die nicht auf einen Kontinent beschränkt ist und eher Zusammenarbeit als einseitige Maßnahmen erfordert. Die Europäische Union missbilligt die Tatsache, dass die Entscheidung der USA, ein Reiseverbot zu verhängen, einseitig und ohne Konsultation getroffen wurde. Die Europäische Union ergreift nachdrücklich Maßnahmen, um die Verbreitung des Virus zu begrenzen.“*

---

Weitere Entscheidungen möchte der Rat auf dem gemeinsamen Gipfel am 26. bis 27. März treffen.

Alle Informationen rund um das Coronavirus finden Sie auf der [Website der Europäischen Kommission](#).



# Thema der Woche

## Treffen der EU-Spitze mit Recep Tayyip Erdoğan

Am Montag, den 9. März, trafen sich EU-Ratspräsident Charles Michel und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan in Brüssel. Besprochen wurden die Umsetzung der EU-Türkei Erklärung zu Migration, Sicherheit und Stabilität in der Region sowie die Krise in Syrien.



Nachdem die Türkei vorletzte Woche tausende syrische MigrantInnen Richtung griechischer Grenze schickte, besteht nun dringender Gesprächsbedarf zwischen der Regierung in Ankara und Brüssel. In diesem Sinne kam es am Montagabend zu einem zweistündigen Gespräch zwischen EU-Ratspräsident Charles Michel, Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan. Ziel war eine Entschärfung der Situation an der griechisch-türkischen Grenze und Lösungen für die Notlage der MigrantInnen im Grenzgebiet zu finden. Gleichzeitig, so betonte Ursula von der Leyen in einer anschließenden Pressekonferenz, sei es wichtig, die Kommunikationskanäle mit der Türkei offen zu halten.

Bezüglich der EU-Türkei Erklärung, einigten sich beide Seiten darauf, den Hohen Vertreter der EU Josep Borell und seinen türkischen Amtskollegen, den Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu, in den

nächsten Tagen die genaue Umsetzung der Erklärung aus dem Jahr 2016 klären zu lassen. Sichertgestellt werden soll, dass beide Seiten die Erklärung gleich interpretieren. Klar sei aber, so erklärte von der Leyen nach dem Gespräch, dass die Erklärung weiterhin gültig sei. „Wir haben gegenüber Präsident Erdoğan sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass wir uns an unsere Zusagen gebunden fühlen, vorausgesetzt, dass dies auf Gegenseitigkeit beruht“, so von der Leyen. Weitere wichtige Punkte für die Kommissionspräsidentin sind die Unterstützung der EU-Mitgliedsstaaten an den Außengrenzen, das Finden eines humanen, wirksamen und umfassenden Ansatz für die Migration und der Schutz unbegleiteter Minderjährige.

Das zweite Thema des Gespräches betraf die Sicherheitsfrage in der Region, insbesondere in Syrien. Für die EU von besonderer Bedeutung ist die Aufrechterhaltung der Stabilität vor Ort. Besorgt sehe man jedoch auf die humanitäre Lage vor allem



# Thema der Woche

in Idlib und an der Grenze zwischen der Türkei und Syrien, erklärte Charles Michel. In diesem Bereich wolle die EU zusätzliche Unterstützung leisten.

Die Krise an der griechisch-türkischen Grenze wurde auch im Plenum des EU-Parlaments debattiert: Die meisten RednerInnen kritisierten den türkischen Präsidenten dafür, das Leid der Menschen für politische Zwecke zu instrumentalisieren. Wichtig sei, eine Flüchtlingskrise wie 2015 durch eine Überarbeitung der gemeinsamen EU-Asylvorschriften zu verhindern. Während einige Fraktionsvorsitzende die Revision des Abkommens von 2016 forderten, zeigten sich andere zutiefst besorgt angesichts der sich verschlechternde humanitäre Lage sowohl an der Grenze zur Türkei als auch auf den griechischen Inseln.

Am Donnerstag, den 12. März, traf sich zudem Innenkommissarin Ylva Johansson mit dem griechischen Migrationsminister Panagiotis Mitarachis in Athen. Beraten wurde über die Frage, wie die EU zur Verbesserung der Lage von MigrantInnen in Griechenland beitragen kann. Gemeinsam mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und den griechischen Behörden wird die EU-Kommission Geflüchteten, die in ihre

Herkunftsländer zurückkehren möchten, finanzielle Unterstützung für die Integration nach ihrer Rückkehr vor Ort anbieten. Dadurch sollen rund 5000 Geflüchtete zur Rückkehr bewegt werden. Darüber hinaus wird die EU-Kommission im Mai mit den Mitgliedstaaten und UNICEF eine Konferenz organisieren, um eine gemeinsame Lösung für minderjährige MigrantInnen zu finden. Sieben Mitgliedstaaten haben sich bereit erklärt, bereits jetzt 1600 Kinder aufzunehmen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

*„Migranten brauchen Unterstützung, Griechenland braucht Unterstützung, aber auch die Türkei braucht Unterstützung. Und dazu gehört es, einen Weg mit der Türkei zu finden. Offensichtlich haben wir unsere Meinungsverschiedenheiten. Aber wir haben deutlich gesprochen und wir haben offen miteinander darüber gesprochen. Es war ein gutes Gespräch, es war ein guter Dialog und es war ein konstruktiver.“*

*- Kommissionspräsidentin  
Ursula von der Leyen*

## EU-Türkei Erklärung :

Im März 2016 wurde die Erklärung zwischen der EU und der Türkei unterschrieben. Ziel war es, den Strom illegaler MigrantInnen über die Türkei nach Europa zu stoppen, die Schlepperei zu unterbinden und den MigrantInnen eine Alternative zu einer lebensgefährlichen Überquerung des Meeres zu bieten. Bisher nahm die Türkei knapp vier Millionen Menschen aus Syrien auf. Im Zuge des EU-Türkei-Abkommens 2016 hat die EU 6 Mrd. Euro an Hilfsgeldern angekündigt. Ausgezahlt wurden bereits über 3 Mrd. Euro. Mit diesen Mitteln finanziert die EU derzeit über 100 Projekte in der Türkei, die mehr als 1,7 Millionen Flüchtlingen zugutekommen. Wichtig dabei: Die EU-Mittel im Rahmen der EU-Flüchtlingsfazilität in der Türkei fließen nicht in den türkischen Haushalt. Sie werden gezielt für Projekte für syrische Flüchtlinge verwendet. Alle humanitären Hilfsgelder der EU werden streng überwacht.

Die Erklärung finden Sie [hier](#).



# Europäische Kommission

## Neuer Aktionsplan für Kreislaufwirtschaft

**Am Mittwoch, den 11. März, nahm die Europäische Kommission einen neuen Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft an. Ziel des Aktionsplans ist es, den Konsum-Fußabdruck der EU zu verringern, den Anteil kreislaufforientiert verwendeter Materialien in der EU in den kommenden zehn Jahren zu verdoppeln und zugleich das Wirtschaftswachstum anzukurbeln.**

Für die Erreichung der Klimaneutralität 2050 in Europa – wie im European Green Deal vorgesehen – muss die EU eine klimaneutrale Kreislaufwirtschaft verwirklichen. Das bedeutet die Entkoppelung des Wirtschaftswachstums von der Ressourcennutzung. Produkte sollen länger genutzt, repariert und recycelt werden können. Dies soll nicht nur zur Klimaneutralität und zur Erhaltung der biologischen Vielfalt führen – die Hälfte der gesamten Treibhausgasemissionen stammt aus der Rohstoffgewinnung und -verarbeitung – sondern sich auch positiv auf das BIP-Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen auswirken. So soll das BIP bis 2030 um weitere 0,5% gesteigert und etwa 700.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Der neue Aktionsplan konzentriert sich auf die Gestaltung und Produktion im Rahmen einer Kreislaufwirtschaft, um genutzte Ressourcen so lange wie möglich in der EU-Wirtschaft zu halten. Der Plan und die darin enthaltenen legislativen und nichtlegislativen Maßnahmen werden unter enger Einbeziehung der Unternehmen und der Interessenträger entwickelt. Wesentlich für die Kommission ist auch dafür zu sorgen, dass der Übergang zur Kreislaufwirtschaft Chancen für alle bietet und niemand dabei auf der Strecke bleibt. Der Aktionsplan enthält folgende Maßnahmen:

**Nachhaltige Produkte als Norm in der EU:** Mithilfe von Rechtsvorschriften soll sichergestellt werden, dass Produkte über eine längere Lebensdauer

verfügen, leichter wiederverwendet, repariert und recycelt werden können und einen größtmöglichen Anteil recycelter Materialien statt Primärrohstoffe enthalten. Die Verwendung von Einwegprodukten soll eingeschränkt werden. Außerdem soll gegen vorzeitiges Veralten vorgegangen und die Vernichtung nicht verkaufter langlebiger Güter verboten werden.

**Stärkung der Position der Verbraucher:** Verbraucher sollen bessere Informationen bezüglich Reparierbarkeit und Haltbarkeit von Produkten erhalten, um ökologisch nachhaltige Entscheidungen treffen können. Zudem soll ein „Recht auf Reparatur“ umgesetzt werden.

**Konzentration auf Branchen mit hohem Ressourcenverbrauch:** Konkrete Maßnahmen sollen in den Branchen Elektronik und IKT, Batterien und Fahrzeuge, Verpackungen, Kunststoffe, Textilien, Bauwesen und Gebäude sowie Lebensmittel umgesetzt werden.

**Vermeidung von Abfall:** Die Entstehung von Abfall soll verhindert und stattdessen verwendete Produkte in Sekundärressourcen umgewandelt werden. Dafür will die Kommission unter anderem die Festlegung eines EU-weit harmonisierten Modells für die getrennte Sammlung von Abfällen und die Kennzeichnung prüfen.

Einen Factsheet zum Aktionsplan finden Sie [hier](#). Antworten auf die gängigsten Fragen finden Sie [hier](#), den Aktionsplan [hier](#) (EN).



# Europäische Kommission

## Europäisches Jahr der Schiene 2021

**Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, 2021 zum Europäischen Jahr der Schiene zu erklären, um zur Verwirklichung der Ziele des europäischen Grünen Deals im Verkehrsbereich beizutragen.**

Die Eisenbahn ist einer der sichersten und nachhaltigsten Verkehrsträger, die es derzeit gibt. Sie ist nicht nur umweltfreundlich und energieeffizient, sondern auch der einzige Verkehrsträger, der seine CO<sub>2</sub>-Emissionen seit 1990 fast ununterbrochen senken konnte, während das Beförderungsvolumen gleichzeitig zunahm. Fast ein Viertel aller Treibhausgasemissionen in der EU werden derzeit durch den Verkehr verursacht. Möchte die EU ihr Ziel erreichen und bis 2050 die Emissionen im Verkehr um 90 Prozent senken, muss der Schienenverkehr fokussiert werden.

2021 ist für die Bahn in Europa ein wichtiges Jubiläumsjahr: Es werden nicht nur 20 Jahre Verabschiedung des ersten Eisenbahnpakets und 175-jähriges Bestehen der ersten Eisenbahnverbindung zwischen zwei EU-Hauptstädten (Paris-Brüssel), sondern auch 40 Jahre TGV und 30 Jahre ICE gefeiert.

Im Rahmen von Veranstaltungen, Kampagnen und Initiativen wird 2021 Werbung für die Schiene als ein nachhaltiger, innovativer und sicherer Verkehrsträger betrieben und Vorzüge für die Menschen, die Wirtschaft und das Klima unterstrichen. In den Fokus gerückt werden zudem die verbleibenden Herausforderungen bei der Schaffung eines echten einheitlichen europäischen Eisenbahnraums ohne Grenzen. Ziel ist es, zu einer rascheren Modernisierung der Eisenbahn beizutragen. Im Rahmen des Europäischen Jahr der Schiene hat auch das internationale Kunstfestival Europalia dieses Thema als Motto gewählt.

Der Vorschlag der Kommission, das Jahr 2021 der Eisenbahn zu widmen, muss nun vom Europäischen Parlament und vom Rat angenommen werden.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

---

*Es steht außer Frage, dass der Schienenverkehr auf den meisten Gebieten – Nachhaltigkeit, Sicherheit und sogar Geschwindigkeit – enorme Vorteile bietet, wenn seine Organisation und Technik den Standards des 21. Jahrhunderts entsprechen. Die Eisenbahn beinhaltet aber auch einen noch tieferen Aspekt, da sie die EU nicht nur auf der physischen Ebene verbindet. Die Schaffung eines europaweiten, kohärenten und funktionsfähigen Netzes ist ein Akt des politischen Zusammenhalts. Das Europäische Jahr der Schiene wurde nicht willkürlich gewählt. Es kommt zu einem richtigen Zeitpunkt, zu dem die EU diese Art von gemeinschaftlichem Engagement braucht.“*

*- Adina Vălean, EU-Kommissarin für Verkehr*

---



# Europäische Kommission

## Industriestrategie für ein weltweit wettbewerbsfähiges, grünes und digitales Europa

Am Dienstag, den 10. März, legte die Kommission eine neue Strategie vor, mit der die europäische Industrie dabei unterstützt werden soll, sich beim ökologischen und digitalen Wandel an die Spitze zu setzen.

Das gesamte Paket umfasst mehrere Initiativen:

Eine neue **industriepolitische Strategie**, im Zuge derer Maßnahmen zur Unterstützung aller Akteure der europäischen Industrie (sowohl große als auch kleine Unternehmen, Start-ups, Forschungszentren, Dienstleistungserbringern und Sozialpartner) geplant sind. Unter anderem wird ein Aktionsplan für geistiges Eigentum, ein Weißbuch zu wettbewerbsverzerrenden Auswirkungen ausländischer Subventionen im Binnenmarkt und eine Allianz für sauberen Wasserstoff angedacht.

Eine weitere Initiative beinhaltet eine neue **KMU-Strategie** (Kleine und mittlere Unternehmen), im Zuge derer Bürokratie abgebaut und die KMU unterstützt werden sollen, im gesamten Binnenmarkt tätig zu werden, Zugang zu Finanzierungen zu erhalten und eine Vorreiterrolle beim digitalen und ökologischen Wandel zu übernehmen. Angedachte Maßnahmen sind unter anderem ein Fonds für den Börsengang (IPO) von

KMU und ein EU Start-up-Nations Standard, um High-Tech-KMU und Start-ups ein schnelleres Wachstum zu ermöglichen.

Zusätzlich umfasst das Paket auch eine **Strategie für den Binnenmarkt**, im Zuge dessen Hindernisse des Binnenmarktes beseitigt werden sollen, damit Unternehmen innerhalb und außerhalb der EU noch besser expandieren und konkurrieren können. Der Abbau der analysierten Hürden könnte zusätzlich bis zu 713 Mrd. Euro binnen der nächsten zehn Jahre einbringen. Um dies zu bewerkstelligen, wurde nicht nur ein Aktionsplan zur besseren Umsetzung und Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften, sondern auch eine gemeinsame Taskforce der Kommission und der Mitgliedstaaten angekündigt. Darüber hinaus sollen bestehende Vorschriften strikter durchgesetzt und etwaige Verstöße entschlossen bestraft werden.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#), Antworten auf die häufigsten Fragen [hier](#).



# Europäische Kommission

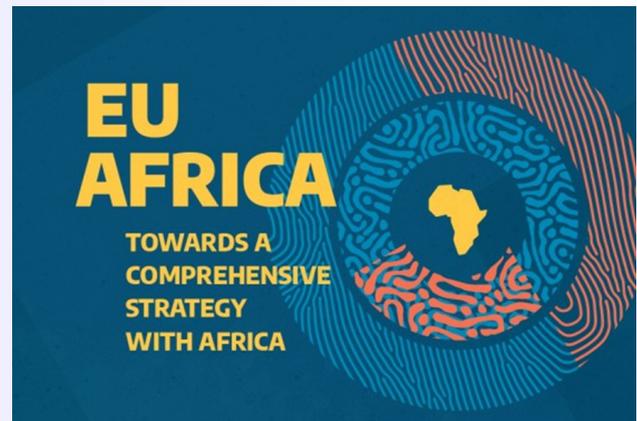
## Partnerschaft mit Afrika

Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag für die Grundlage einer neuen Strategie mit Afrika vorgelegt. Die Zusammenarbeit soll in den Bereichen Grüne Wende, digitaler Wandel, nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung, Frieden und Governance sowie Migration und Mobilität intensiviert werden.

Am 27. Februar besuchte die EU-Kommission die Kommission der Afrikanischen Union in Addis Abeba (Wir berichteten im [Newsletter 08-20](#)) Auf den Besuch folgt nun ein Vorschlag der EU-Kommission für eine neue Strategie in der Zusammenarbeit mit Afrika. Fünf Bereiche wurden als wesentlich in der zukünftigen Zusammenarbeit angeführt:

Grüne Wende, digitaler Wandel, nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung, Frieden und Governance, Migration und Mobilität.

Gestützt auf dieses Dokument, wird die EU Gespräche mit den afrikanischen Partnern über eine neue gemeinsame Strategie führen, die auf dem Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und der Afrikanischen Union im Oktober 2020 gebilligt werden soll.



Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

---

*„Die heutige Strategie mit Afrika ist der Fahrplan, um Fortschritte zu erzielen und unsere Partnerschaft auf die nächste Ebene zu bringen. Afrika ist ein natürliche Partner und Nachbar der Europäischen Union. Gemeinsam können wir eine Zukunft mit mehr Wohlstand, Frieden und Nachhaltigkeit für alle aufzubauen.“*

*- Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen*

---





# Europäisches Parlament

## Parlamentsdebatte zu Frauenrechten: „Die Verwirklichung der Rechte der Frau ist keine Option - es ist eine Pflicht“

Die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Mairead McGuinness, eröffnete am Dienstag, den 10. März, die Plenarsitzung des Parlaments mit einer Debatte über die Rechte der Frau und das Streben der EU nach Gleichstellung der Geschlechter.

Maired McGuinness, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, eröffnete die Debatte am Dienstag:

---

*„Anlässlich des Internationalen Frauentags müssen wir uns daran erinnern, dass Millionen von Frauen und Mädchen auf der ganzen Welt immer noch daran gehindert sind, ihre Fähigkeiten voll zu entfalten und ihre Rolle in der Gesellschaft zu spielen, und dies ist auch der Fall in der EU. Die Verwirklichung der Rechte der Frau ist keine Option - es ist eine Pflicht - und es ist möglich, wo politischer Wille besteht.“*

---

McGuinness begrüßte zudem die neue Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025, die die Kommission am 5. März vorgelegt hatte (Wir berichteten im [Newsletter 09-20](#)). Diesem Lob schlossen sich auch weitere Abgeordnete an und forderten, dass auf Worte nun Taten folgen sollten. Vor allem gegen geschlechtsspezifische Gewalt müsse vorgegangen werden. Weitere wichtige Aufgabenfelder liegen im Kampf gegen Stereotypen, Femizid, geschlechtsspezifische Löhne und Rentenunterschiede, Online-Gewalt und der Mangel an Frauen bei der Entscheidungsfindung. Auffälligste Rednerin war sicherlich Manon Aubry, Vizepräsidentin der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke. Ihre Rede hielt sie verkleidet als Rosie the Riveter – Ikone des Feminismus.

Das Video zur Debatte finden Sie [hier](#).





# Europäisches Parlament

## EU-Katastrophenschutz

**Der Unterausschuss des Europäischen Parlaments fordert die Erhöhung des Katastrophenschutz-Mechanismus um mindestens 1,4 Milliarden Euro.**

Erdbeben, Waldbränden, Flutkatastrophen oder – wie zur Zeit – der Covid-19-Ausbruch. In vielen Situationen benötigen die EU-Mitgliedsstaaten schnell Hilfe, um Notfälle und Katastrophen bewältigen zu können. Seit 2001 unterstützt der europäische Katastrophenschutz-Mechanismus Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der immer häufiger auftretenden Naturkatastrophen. 330 Mal wurde das Verfahren bisher aktiviert. Bis 2019 beruhte das System auf Freiwilligkeit: Teilnehmende Staaten konnten freiwillig Geld zur Verfügung stellen, das dann – koordiniert durch die EU – in den Krisenregionen zum Einsatz kam. Seit 2019 und der Schaffung von RescEU – einer Reservekapazität für Notfälle – kann die EU nun direkt von Katastrophen betroffene Mitgliedstaaten unterstützen, wenn die nationalen Kapazitäten überlastet sind. Als Reserve stehen zudem Löschflugzeuge und Hubschrauber, spezialisierte medizinische Hilfsgüter und Ausrüstungen sowie anderen Ressourcen zur Verfügung. Zuletzt wurden diese Mittel benutzt, um EU-BürgerInnen aus der Region Wuhan in China nach Europa zurückzuholen und Italien mit Schutzmaterial zu versorgen.

Dem Vorschlag der Europäischen Kommission folgend, fordert nun der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des Europäischen Parlaments, den Katastrophenschutz-Mechanismus im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der EU (2021-2027) mit mindestens 1,4 Milliarden Euro zu



finanzieren. Zur transparenten Gestaltung soll zudem festgelegt werden, wie die Gelder auf die drei Säulen des Mechanismus „Prävention, Vorsorge und Reaktion“ verteilt werden, wobei die Vorsorgemaßnahmen mit den meisten Geldern ausgestattet werden sollen. Des Weiteren beschloss der Ausschuss die Anschaffung von notwendigen neuen RescEU-Ausrüstungen, Materialien und Ressourcen.

Nach einer erfolgreichen Abstimmung im Plenum möchte das Parlament in Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten bezüglich des Katastrophenschutz-Mechanismus treten.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#), einen Factsheet zum Thema [hier](#).



# Europäisches Parlament

## Debatte zu EU-Haushalt nach 2021 im Parlament

**Nachdem es dem Europäischen Rat nicht gelungen war, einen gemeinsamen Vorschlag zum mehrjährigen Finanzrahmen der EU zu formulieren, zeigt sich das Parlament in der Plenartagung enttäuscht.**

Der am 20. und 21. Februar stattfindende EU-Sondergipfel der Staats- und Regierungschef hatte keine gemeinsame Position für einen mehrjährigen Finanzrahmen gebracht. Zu unterschiedlich waren die Meinungen zwischen den Ländern, wie viel Geld pro Jahr an die EU überwiesen werden sollte (Wir berichteten ausführlich im [Newsletter 07-20](#)). Doch selbst wenn eine Einigung gefunden wird, stehen noch immer schwere Verhandlungen mit dem Parlament bevor, dass mehr verfügbares Geld für die EU fordert.

In der Plenartagung wurde der bisher bestehende Vorschlag von Ratspräsident Charles Michel als unzureichend abgelehnt. Argumentiert wurde dies unter anderem mit den derzeitigen Krise an der griechischen Grenze und der COVID-19-Krise. Diese

würden zeigen, dass die EU mehr Mitteln für schnelles Handeln benötige. Ohne einem angemessenen Haushalt, so die Abgeordneten, würde die EU bedeutungslos werden.

Bereits jetzt absehbar ist, dass sich eine Verzögerung des nächsten langfristigen Haushalts kaum noch vermeiden lässt. Angesichts dessen forderte das Parlament die Kommission auf, einen Notfallplan vorzulegen, um Begünstigte wie Städte, Regionen, StudentInnen, ForscherInnen, Unternehmen und NGOs in ganz Europa zu schützen.

Ein Video der Debatte finden Sie [hier](#), mehr Informationen [hier](#).



# Sonstiges

## Unterstützung für Sudan

**Die EU kündigt an, den Sudan mit insgesamt 130 Mio. zu unterstützen. Das Geld soll einerseits den politischen Übergang hin zur Demokratie erleichtern, andererseits dringend benötigte humanitäre Hilfe im Land bereitstellen.**

Es sind schwere Zeiten für den Sudan: Politisch befindet sich das Land nach dem Sturz des Präsidenten Omar al-Bashir in einer Übergangsphase. Zudem besteht eine Nahrungsmittelknappheit, von der über neun Millionen Menschen betroffen sind. Die EU versucht das Land nun nach Kräften zu unterstützen.

Durch Proteste der Bevölkerung wurde 2019 Präsident Omar al-Bashir gestürzt. Zurzeit bereitet die zivile Übergangsregierung das Land auf freie und faire Wahlen vor, die 2022 stattfinden sollen. Eine historische Chance, Frieden, Demokratie und wirtschaftlichen Aufschwung zu erreichen. Doch nach wie vor steht der Sudan vor enormen sozialen und politischen Herausforderungen. Zusätzlich schrumpfte die Wirtschaft des Landes die letzten Jahre über. Um die zivile Übergangsregierung in Sudan beim Übergang zur Demokratie zu unterstützen, hat die Europäische Union Hilfe in Höhe von 100 Mio. Euro angekündigt. Investiert werden soll das Geld in die Bereiche wirtschaftliche

Reformen, wirtschaftliche Chancen für junge Menschen und Frauen sowie Friedensprozess und demokratische Staatsführung.

Neben der Unterstützung für den Übergang, stellt die Europäische Union zusätzlich 30 Mio. Euro für schutzbedürftige Menschen im Sudan bereit. Seit 2011 hatte die EU bereits mehr als 550 Mio. Euro an Hilfe im Sudan zur Verfügung gestellt. Schätzungsweise sind mehr als neun Millionen Menschen auf diese Hilfe angewiesen. Vor allem die Nahrungsmittelknappheit stellt ein Problem dar. Denn neben den Sudanesen leben derzeit rund eine Millionen Flüchtlinge im Land, die zum Überleben hauptsächlich auf humanitäre Hilfe angewiesen sind. Neben der unmittelbaren Versorgung der Menschen, stellt die EU auch Entwicklungshilfe zur Verfügung, die den Gemeinden helfen soll, langfristigen sozialen Schutz für die Menschen zu gewähren.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



*„Der Sudan hat die historische Chance, sich in eine demokratische Gesellschaft zu verwandeln. Die Europäische Union setzt sich vollständig dafür ein, die sudanesishe Bevölkerung zu unterstützen, damit sie erfolgreich sein kann.“*

*- Jutta Urpilainen, EU-Kommissarin für internationale Partnerschaften*



# Sonstiges

## Förderung für Gemeinden - Letzter WiFi4EU-Aufruf

**Gemeinden können EU-Förderung für kostenloses WLAN im öffentlichen Raum beantragen.**

Zwischen Dienstag 17. März 13:00 Uhr und 18. März 17:00 Uhr können sich Gemeinden aus der ganzen EU um 947 Gutscheine im Wert von je 15.000 Euro bewerben, mit denen sie kostenlose Wi-Fi-Netze in öffentlichen Räumen wie beispielsweise Rathäusern, öffentlichen Bibliotheken, Museen, öffentlichen

Parks oder Plätzen einrichten können. Dazu müssen sich die Gemeinden vor dem Aufruf auf dem WiFi4EU-Portal registrieren.

Alle weiteren Informationen finden Sie [hier](#).

## Eurostat: Wirtschaftswachstum letztes Quartal 2019

**Neu veröffentlichte Zahlen von Eurostat zeigen, dass die Wirtschaftsleistung in Österreich und der gesamten EU leicht stiegen. Auch die Zahl der Erwerbstätigen nahm zu.**

Im Durchschnitt verzeichneten die EU-Mitgliedsstaaten im 4. Quartal 2019 eine Wachstumsrate des Bruttoinlandproduktes (BIP) von 0,2%. Im gleichem Umfang stieg dieses auch in Österreich. Insgesamt verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum gegenüber 2018 jedoch, was unter anderem auf eine Verschlechterung der Handelsbilanz zurückzuführen ist. Positiv auf das BIP-Wachstum wirkten sich in der EU und im Euroraum

vor allem Bruttoanlageinvestitionen aus (die deutlich stiegen, EU: +3,6 % und Euroraum: +4,2 %). Auch die Konsumausgaben der privaten Haushalte trugen zum Wachstum bei. Für Österreich erfreulich ist die Wachstumsrate der Erwerbstätigen, die um 0,4% stieg (0,3% in der gesamten EU).

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



# Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

## [Handel – Zollpräferenzschema der EU für Entwicklungsländer \(Aktualisierung\)](#)

Handel

11. März 2020 - 3. Juni 2020

## [Geschlechtsspezifisches Lohn- und Gehaltsgefälle – Entgelttransparenz zwischen Frauen und Männern](#)

Beschäftigung und Soziales

5. März 2020 - 28. Mai 2020

## [Europäischer Klimapakt](#)

Klimaschutz

4. März 2020 - 27. Mai 2020

## [Bewertung des EU-Rechtsrahmens für die Bestrahlung von Lebensmitteln](#)

Lebensmittelsicherheit

2. März 2020 - 25. Mai 2020

## [Nichtfinanzielle Angaben von Großunternehmen \(Aktualisierung der Rechtsvorschriften\)](#)

Bank- und Finanzdienstleistungen

20. Februar 2020 - 14. Mai 2020

## [Menschenrechte – Überprüfung der EU-Anti-Folter-Verordnung \(2016-20\)](#)

Außen- und Sicherheitspolitik, Handel

19. Februar 2020 - 13. Mai 2020

## [Konsultation zum Weißbuch über künstliche Intelligenz - Ein europäischer Ansatz](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

19. Februar 2020 - 31. Mai 2020

## [Europäische Strategie für Daten](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

19. Februar 2020 - 31. Mai 2020

## [Überprüfung des Rechtsrahmens für Wertpapierfirmen und Marktteilnehmer](#)

Bank- und Finanzdienstleistung

17. Februar 2020 - 20. April 2020

## [Steuerbetrug und Steuerhinterziehung – bessere Zusammenarbeit zwischen nationalen Steuerbehörden beim Informationsaustausch](#)

Steuern

10. Februar 2020 - 6. April 2020

## [Europäischer Plan zur Krebsbekämpfung](#)

Öffentliches Gesundheitswesen

4. Februar 2020 - 7. Mai 2020

## [Bodenabfertigungsdienste an EU-Flughäfen - Bewertung](#)

Verkehr

30. Jänner 2020 - 23. April 2020

## [Finanzdienstleistungen - Verbesserung der Widerstandsfähigkeit gegen Cyberangriffe \(neue Regeln\)](#)

Bank- und Finanzdienstleistungen

19. Dezember 2019 - 19. März 2020

## [Finanzdienstleistungen - EU-Rechtsrahmen für Kryptoaktiva](#)

Bank- und Finanzdienstleistung

19. Dezember 2019 - 19. März 2020



## Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

## Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

## Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

## Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

## Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

## Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

## EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

---

### Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)

Homepage: [www.alpeuregio.org](http://www.alpeuregio.org)

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Simon Lochmann

Konrad Pözl, BA

---

### Abbildungsverzeichnis

#### S. 3

©JHDT Productions/Adobe Stock [https://www.europarl.europa.eu/resources/library/images/20200310PHT74505/20200310PHT74505\\_original.jpg](https://www.europarl.europa.eu/resources/library/images/20200310PHT74505/20200310PHT74505_original.jpg)

#### S. 4

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2020/03/09/>

#### S. 9

<https://ec.europa.eu/international-partnerships/priorities/eu-africa>  
[https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/president\\_de](https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/president_de)

#### S. 10

[https://www.europarl.europa.eu/resources/library/images/20200310PHT74510/20200310PHT74510\\_original.jpg](https://www.europarl.europa.eu/resources/library/images/20200310PHT74510/20200310PHT74510_original.jpg)

#### S. 11

[https://www.europarl.europa.eu/resources/library/images/20200306PHT74305/20200306PHT74305\\_original.jpg](https://www.europarl.europa.eu/resources/library/images/20200306PHT74305/20200306PHT74305_original.jpg)

#### S. 13

[https://europa.eu/newsroom/events/citizens-dialogue-helsinki-commissioner-iutta-urpilainen\\_de](https://europa.eu/newsroom/events/citizens-dialogue-helsinki-commissioner-iutta-urpilainen_de)